



im eupener
stadtrat

Die
Stadtverordneten

Werner BAUMGARTEN
Fraktionsführer
Buschbergerweg 102
B - 4700 EUPEN
w.baumgarten@yahoo.de

Arthur SPODEN
Aachener Strasse 81
B - 4700 EUPEN
arthurspoden@hotmail.com

Stadtrat vom 17.12.09

Stellungnahme zum Haushalt der Stadt Eupen 2010

Zunächst möchten wir uns für die Informationen, die bei jeder Kommissionssitzung bereitwillig und kompetent gegeben wurden, bei allen Mitarbeitern der Stadt Eupen bedanken. Das vorliegende Aktenstück ist mit der nötigen Sorgfalt und Fachkompetenz zusammengestellt worden.

Den Haushalt der Gemeinde für das Rechnungsjahr 2010 nehmen wir zur Kenntnis. Neben den rekurrenten Ausgaben und Einnahmen befindet sich im außergewöhnlichen Haushalt der Wunschzettel der Mehrheit. Dies ganz im Zeichen des Richtlinienprogramms.

Wie bereits im vergangenen Jahr angekündigt, haben wir im Verlaufe des Jahres die Arbeit des Gemeindegremiums am Haushalt 2009 messen und anhand der Ergebnisse prüfen können und erkennen, was aus den Wünschen geworden ist.

Wir befassen uns nun mit einem Haushalt, der aus unserer Sicht einige Fragen aufwirft. Die SP+ möchte zu sieben markanten Punkten Stellung beziehen.

1. Der Gemeindefonds

In den Gutachten des Finanzschöffen und des Stadtsekretärs zum Bericht des Haushaltsplanes 2010 ist zu lesen, dass Sparmassnahmen nötig seien, weil die DG die Gemeindedotation reduziert habe. Der Finanzschöffe schreibt sogar, dass es sich um eine, so wörtlich: „drastische Reduzierung“ handelt. Aus den HH Dokumenten auf Seite 13 geht hervor, dass in Artikel 021/466 01 in 2008 eine Summe von 4.124.629,89 € registriert wurde. In 2010 rechnet man mit 4.298.793,86 €. Dies entspricht einer Erhöhung von etwas mehr als 4% im Vergleich zum Jahr 2008. Wir müssen Ihnen zwar Recht geben, dass es sich im Vergleich zu 2009 in dem Jahr als man die Tonus-Plan-Gelder hinzurechnete weniger ist, aber in einem Krisenjahr noch immer mehr als 4% zusätzlich im Vergleich zum letzten „normalen Jahr 2008“. Herr Bürgermeister Dr. Elmar Keutgen und der Herr Stadtrentmeister sprechen in ihren Kommentaren gar nicht davon. Dies ist unserer Meinung

nach auch klug. Wir glauben, unser Finanzschöffe möchte wohl von anderen Problemen ablenken und sucht bereits im Vorfeld eines zugegebenermaßen schwierigen Haushaltsjahres einen Sündenbock. Wie jede öffentliche Behörde wird man einen Sparhaushalt fahren müssen. Auch die Stadt. Da sind eigene Initiativen gefragt und keine Entschuldigungen.

2. Die Einnahmen mittels Steuern und Gebühren

Wie bereits im Stadtrat vom 16. November 2009 zum Thema „Uneintreibbare Einnahmen der Stadt 2008“ bemerkt, stellen wir fest, dass die Rechnungslegung 2008 folgendes darstellte:

- laut Haushalt 2008 belaufen sich die gesamten Steuereinnahmen auf 12.896.854 €
- laut festgestellten Anrechten für 2008 steigen die Einnahmen auf 13.415.807 €
- jedoch für dasselbe Haushaltsjahr ist ein Betrag von 1.233.903 € als uneintreibbar eingetragen.

Es ist zwar für den öffentlichen ordentlichen Haushalt angenehm, festzustellen, dass die Anrechte über den Schätzungen liegen, doch wie ist zu erklären, dass 9,2 % der festgestellten Anrechte als nicht eintreibbar gelten, bzw. sofort als nicht eintreibbar registriert werden, also auch in Zukunft nicht eingefordert werden können? Bei seiner Antwort verwies der Finanzschöffe auf Unterlagen des Föderalstaates in Bezug auf die Einkünfte aus dem Immobilienvorabzug. Von den 1.233.903 € nicht eintreibbaren Einnahmen sind deren 1.164.804 € aus dem Bereich der nicht eintreibbaren Immobiliensteuern. Das macht, gemessen an den festgestellten Anrechten in diesem Bereich (6.975.708 €) immerhin 16,7 % aus.

Wenn dies so ist und dies in den letzten Jahren auch festzustellen ist, dann ergibt sich für 2010 daraus eine Überschätzung der Einnahmen von 1.244.394 €. Der gleiche Korrekturfaktor wurde für die beiden Vergleichsjahre angewandt. Dies im Vorfeld wissend, drückt wohl eher da der Schuh in Bezug auf die Einnahmen der Stadt.

Wir müssen bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, dass Eupen-Kettenis nicht nur die schönste Stadtgemeinde der DG ist, sondern auch die teuerste. Die Zuschlagshundertstel von 2700 auf die Gebäudesteuer greifen mit einem Globalbetrag von mehr als 6,5 Millionen Euro ganz schön in die Brieftasche der Hausbesitzer. Vergessen wir nicht, dass diese Steuer sich zu der regionalen und der provinziellen Steuer hinzu gesellt, so dass der Steuersatz sich global auf 53,75 % des indexierten Katastereinkommens beläuft.

3. Energiekosten bzw. Energieversorgung

Mit Zufriedenheit haben wir festgestellt, dass die Stadt eine Reihe von Maßnahmen trifft, um den Energieverbrauch zu senken – sei es im Bereich der öffentlichen Beleuchtung, sei es im Bereich des Energieverbrauchs bzgl. öffentlicher Gebäude. Wir haben also den richtigen Weg eingeschlagen, obwohl wir zugeben müssen, dass wir erst am Beginn eines noch sehr langen Weges stehen, der von uns bedeutende Investitionen abverlangt.

Daher muss die Mehrheit Klarheit darüber schaffen, wie hoch insgesamt die Energieausgaben sind – querbeet durch alle Bereiche, für welche die Stadt zuständig ist – und wo die Einsparpotentiale (zumindest im Bereich der öffentlichen Gebäude und des stadteigenen Fuhrparks) liegen, bzw. wie sie zu beziffern sind. Daraus ergibt sich die Antwort auf die Frage, welche Anstrengungen in den kommenden Jahren von uns erwartet werden. Wir sind in der Tat der Überzeugung, dass wir nur dann glaubwürdig vom Bürger erwarten dürfen, dass dieser Energie einspart, wenn wir selber mit gutem Beispiel voran gehen. Im Haushalt fehlt jedes klare Zeichen. Die einzige grundsätzlich lobenswerte Einstellung ist die, dass man bei den Betriebskosten rund 400.000 € einsparen möchte. Doch einsparen in Bezug auf was? Da macht man allen Ernstes den Vorschlag 400.000 € bei den Betriebskosten weniger auszugeben, als im Vergleich zum HH 2009. In 2004 beliefen sich die Betriebskosten auf 3,6, in 2005 auf 3,8, in 2006 auf 4,1 in 2007 auf 4,1 und in 2008 auf 4,5 Millionen Euro. Wenn man also im kommenden Jahr 400.000 € einsparen möchte, dann entspricht dies einer Erhöhung der realen verbuchten Ausgaben für Betriebskosten von 4,5 Millionen Euro auf 4,6 Millionen Euro.

Es fehlt hier ein klares Zeichen seitens der Politik. Fakten, Daten und Zahlen zu Einsparpotentialen und Möglichkeiten fehlen ganz.

Es entsteht der Eindruck, dass man hier eine kurzzeitige Imagepflege vornimmt, ohne wirkliche Zusage und Verantwortungspflicht.

4. Die Mobilität

Bzgl. dieser Frage stellen sich einige Probleme, die es zu diskutieren gilt : es sind Fragen zum Thema Citybus (des öffentlichen Personennahverkehrs innerhalb der Stadt Eupen), aber auch Fragen nach der Weiterführung der Straßenbauprojekte „Herbesthaller Strasse“ ,Fragen zur Verkehrssicherheit, sowie Fragen zum Thema Fahrradwege und „Pics verts“ (Fußwege innerhalb des Stadtgebiets).

Zum Citybus:

Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eupen befürworten einen Citybus für unsere Stadt. So soll den Stadtbewohnern und den Anrainern ermöglicht werden mobil zu bleiben und unbezungen Geschäfte, Bahnhof, Bushof, Krankenhaus, usw. erreichen zu können.

Was brauchen wir beziehungsweise was würde Sinn machen?

- Wir brauchen einen öffentlichen Personennahverkehr, der halbstündlich die Stadt erreichbar macht. Der am Krankenhaus und am Bahnhof vorbeifährt.
- Die Stadt muss im Umkreis halbstündlich durchfahren werden. Außenstellen wie Talsperre und Stendrich bis Membach sollen auch erreichbar sein.
- Wir brauchen kleine, wendige Busse die diesen Fahrdienst verrichten. Es sollen Niederflurbusse sein die auch Kinderwagen oder Rollstuhlfahrer mitnehmen können.

Zum Thema Herbesthaler Strasse:

Die 2. Autobahnausfahrt ist Teil eines Gesamtkonzepts. Allein ergibt die Autobahnausfahrt keinen Sinn. Direkt daran müssen Erschließungsstrassen angebunden werden, die innerhalb der Zone so organisiert werden, dass die Nutzung der Ansiedlungsflächen optimal erfolgen kann.

Es ist ratsam, nicht nur Erschließungsstrassen vorzusehen, sondern auch daran zu denken, eine dieser Strassen direkt bis an die Vervierser Strasse heran zu führen, damit durch eine Parallelstrasse zur Herbesthaler Strasse diese entlastet werden kann. An der Stelle, wo die Vervierser Strasse (N61) und die Parallelstrasse aufeinander treffen, wird ein Kreisverkehr erforderlich sein, denn die N 61 ist laut Polizeiangaben an mehreren Stellen gefährlich, insbesondere wegen des oft zu hohen Tempos der Fahrzeuge. Erfolgt dies nicht oder wird sie aus irgendwelchen Gründen hinten angestellt, dann kann von einer wirklichen Entlastung der Herbesthaler Strasse nicht die Rede sein. Dieses Projekt hat unserer Meinung nach absolute Priorität. Bevor man sich über ausschließlich innerstädtische Lösungen den Kopf zerbricht, muss an dem Gesamtplan gearbeitet werden. Wir sehen zwar im Haushalt Ansätze für innerstädtische Lösungen, denen wir zugestimmt haben, aber keine Initiativen die den Blick über den Tellerrand, über die Grenzen unserer Heimatstadt hinaus wagen.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch die abgespeckte Begleitung der Stadtentwicklung verweisen. Diese ist mit einem HH Budget von 5.000 € ein Alibi-Lastenheft und muss unbedingt nachgebessert werden.